

Energiereform polarisiert Mexiko

Alle sind sich über die Notwendigkeit einer Energiereform in Mexiko einig – heftig umstritten ist allerdings ihre Konkretisierung. In Erwartung einer parlamentarischen Mehrheit für Veränderungen beim staatlichen Energiekonzern PEMEX stürmte die Linksoption die Parlamentstrüben und versuchte, die Legislative ganz zu lähmen. Parallel wird weiterhin die Straße mobilisiert. Immerhin gelang es so, den Reformprozess weiter zu blockieren: eine Diskussion von 72 Tagen soll jetzt Annäherungen bringen.

Am 8. April hat die mexikanische Bundesregierung dem Kongress ihren lange erwarteten Gesetzentwurf für eine Energiereform zugeleitet. Präsident Calderón übernimmt damit persönlich die Verantwortung für eines der zentralen Vorhaben seiner Regierungszeit. Im Mittelpunkt der Initiative steht, die Handlungsfähigkeit der staatlichen Ölgesellschaft PEMEX nachhaltig zu erhöhen. So soll es ihr künftig möglich sein, Dienstleistungen an private Dritte zu vergeben, z.B. im Raffineriebereich oder für die Erschließung neuer Reserven. Ein neues „Aufsichts- und Transparenzkomitee“ soll darüber wachen, dass Korruption bei der Auftragsvergabe verhindert wird. Ferner wird PEMEX von verschiedenen administrativen Fesseln befreit, z.B. bei der Kreditaufnahme. Ausdrücklich ausgeschlossen wird der Eigentumserwerb privater Dritter an den mexikanischen Energiereserven – von einer Privatisierung von PEMEX selbst ist zudem nirgendwo die Rede. Es scheint, dass es für dieses im Vergleich zu den realen Notwendigkeiten einer Neuordnung des mexikanischen Energiesektors schon sehr abgespeckten Vorhaben eine parlamentarische Mehrheit geben könnte, getragen vor allem von den großen Parteien PAN und PRI.

Einmal mehr allerdings beweist die Linksoption um die PRD und die mit ihr verbündeten Parteien *Convergencia* und PT zumindest mehrheitlich und in Gefolgschaft zu ihrem Führer López Obrador (AMLO), wie es um ihre demokratischen Grundüberzeugungen bestellt ist: In Abgeordnetenhaus und Senat stürmten ihre Parlamentarier das Präsidium und verhinderten so über Tage die parlamentarischen Beratungen. Gleichzeitig gingen in der ganzen Hauptstadt sogenannte „Frauenbrigaden“ („brigadistas“, „Adelitas“) in Stellung, um dieses Verhalten mit Blockaden und Protesten zu begleiten. Bei den regelmäßigen Treffen auf dem hauptstädtischen *Zócalo* hat AMLO immer wieder betont, diesen Kampf notfalls auszuweiten, von der „Schließung“ von Flughäfen, PEMEX-Installationen oder des Finanzdistrikts war immer wieder die Rede.

Die Standarte, hinter der er seine Anhänger versammelt, ist das kategorische Nein zu einer PEMEX-Privatisierung, ein Plan, der allerdings von niemanden inklusive der Bundesregierung ernsthaft angestrebt wird.

Mit dem Thema Energie meint AMLO ein Leitmotiv für die Fortsetzung eines emotionalisierten Konflikts mit der Regierung Calderón gefunden zu haben. Die Spaltung des Landes nimmt er mit seiner ungezügelt demagogischen Rhetorik bewusst in Kauf. Was er von demokratischer Konfliktaustragung und den parlamentarischen Institutionen hält, hatte er ja bereits zuvor eindrucksvoll unter Beweis gestellt. „Der Raub des Öl birgt das latente Risiko einer gewaltsamen Konfrontation in sich und kann zu mehr Leiden, politischer und sozialer Instabilität und Gewaltanwendung führen“, ließ sich der *Caudillo* vernehmen. (zitiert nach: *El Universal*, 19.3.2008)

Mittlerweile haben die PRD-Parlamentarier die Tribünen zwar wieder geräumt – man einigte sich mit den anderen Parteien auf einen 72-tägigen Diskussionsprozess über die Energiereform – ein dauerhafter Schaden für die Demokratie aber bleibt bestehen: wer will es künftig anderen Minderheiten verdenken, wenn sie mögliche Mehrheitsentscheidungen in ähnlich spektakulärer Form zu verhindern suchen. Themen dafür gibt es in Mexiko allemal genug.

Nun hat Andrés Manuel López Obrador zu einer „zweiten Phase“ in seinem „Widerstandskampf“ aufgerufen. Vor tausenden von Anhängern verkündete er am 27. April auf dem hauptstädtischen Zócalo, nun die Zahl der „brigadistas“ auf 200.000 steigern zu wollen. „Mit diesem Ziel“, so AMLO, „werde ich das ganze Land bereisen, Haus für Haus, Stadtviertel für Stadtviertel, Straßenzug für Straßenzug und Dorf für Dorf, damit unsere Gründe und die schwerwiegenden Konsequenzen einer Privatisierung der Ölindustrie bekannt werden.“ Einmal mehr bezeichnend war, dass der Teil der PRD-Abgeordneten fehlte, der eher pragmatischen Fraktion von Jesus Ortega zugeordnet wird, dem Flügel „Nueva Izquierda“ (Neue Linke).

Spaltung der PRD?

Dies ist Ausdruck eines wirklichen Dramas, zudem sich die internen Vorstandswahlen bei der PRD entwickelt haben, die am 16. März stattfanden und bei denen nicht nur Vorsitz und Generalsekretariat sondern auch die Positionen von 192 Nationalratsmitgliedern, 1100 Delegierten und 32 Vorsitzendenpositionen in den Bundesstaaten und dem Hauptstadtdistrikt neu zu vergeben waren: Mit dem Ablauf hat die Partei jeden moralischen Anspruch verloren, Wahlprozesse anderswo zu kritisieren, eine gerade auch mit Blick auf die Nachwahlproteste im Jahre 2006 bedeutsame Tatsache. Urnenklau, Zerstörung von Wahlunterlagen, Manipulationen bei den Wahllisten, Bestechung und Stimmenkauf, Drohungen und Beleidigungen – all das gehörte einmal mehr zum Parteialltag der 1989 gegründeten Formation.

Auch mehr als eineinhalb Monate nach den Wahlen gibt es kein Ergebnis – das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Jesus Ortego und Alejandro Encinas hat einen toten Punkt erreicht, bei dem beide Kandidaten den Sieg für sich reklamieren und mit dem Gang zum staatlichen Wahlgericht drohen. Der Vorsitzende der parteieigenen Wahlkommission, der aus der PRI stammende Senator Arturo Núñez hat bereits mehrfach erklärt, keine Möglichkeiten für die angemessene Ermittlung des Wahlergebnisses zu haben und ist zurückgetreten. Die Kandidaten und ihr Umfeld beschuldigte er, die Arbeit der Kommission nachhaltig zu behindern. Daher komme auch die Computerisierung der Auszählung nicht zu einem Ergebnis.

Historische Führer der Partei wie Cuauhtémoc Cardenas hatten zwischenzeitlich gefordert, die Wahl ganz zu annullieren – er selbst hatte sich übrigens, ebenso wie sein Sohn, der frühere Gouverneur des Bundesstaates Michoacan, gar nicht erst an der Abstimmung beteiligt. Später kamen Vorschläge hinzu, einen Interimspräsidenten einzusetzen bzw. den aktuellen PRD-Vorsitzenden einstweilen noch im Amt zu belassen.

Auch sonst war die Abstimmung reich an Kuriosa: so wurde etwa dem bekannte Filmproduzenten Luis Mandoki – er hatte mit dem Werke „Fraude“ versucht, einen Wahlbetrug 2006 zu dokumentieren und war als enger Wegbegleiter von Andrés Manuel López Obrador aufgefallen – untersagt, die Stimmenauszählung bei der PRD zu filmen, etwas, was bei den nationalen Wahlen 2006 ohne Probleme möglich war. Mandoki: „Das Interessante ist, dass wir 2006 am 5. Juli in allen 300 Wahlbezirken des Landes die Computerisierung der Ergebnisse filmen konnten, unter der Kontrolle des IFE, das kein unparteilicher Schiedsrichter war, sogar ein sehr parteiischer, und in diesem Falle, wo die PRD für die Wahl verantwortlich ist, können wir nicht filmen: das ist absurd.“

Entzug der Registrierung droht

Nach einem Schritt in Richtung Parteispaltung sieht die Lösung aus, die für die Zeit bis zur Ermittlung eines neuen Parteivorsitzenden nun beschlossen wurde: die PRD

28. April 2008

www.kas.de/mexiko

www.kas.de

arbeitet mit zwei Interims-Vorsitzenden, die den verfeindeten Lagern angehören und den bisherigen Vorsitzenden Leonel Cota Montaño ersetzen sollen. Senator Graco Ramírez Garrido Abreu – er gehört zum Lager von Jesus Ortega – und der Abgeordnete Raymundo Cárdenas sollen nun eine „politische Lösung“ suchen. Graco Ramírez sah es in einem Interview bereits als Fortschritt an, das die „Schlange“ Cota die Partei verlassen habe. Dieser hatte allerdings noch kurz vor dem Abgang und auf Basis von rund 83 Prozent der ausgezählten Stimmen Alejandro Encinas mit einem Vorsprung von 2,71 Prozent zum Sieger der internen Wahlen und zum neuen Vorsitzenden erklärt. Anlass für wütende Proteste aus dem Ortega-Lager.

Parlamentspräsidentin Ruth Zavaleta – auch immer gern ein Objekt des Zorns aus dem AMLO-Lager – verkündete unterdessen: entweder gibt es eine gute Lösung oder eine einvernehmliche Trennung! Auch von einer „Neugründung“ der PRD, etwa als „Frente Amplio“ (Breite Front) wie in Uruguay ist immer wieder die Rede.

Bis zum 4. Mai, dann endet die Amtszeit des alten Vorstandes, muss die PRD auf die eine oder andere Weise jedenfalls zu einer auch juristisch tragfähigen Lösung kommen. Sonst droht im schlimmsten Fall der Entzug der Parteiregistrierung durch das Wahlinstitut IFE – wegen Verletzung des Artikels 38 der Wahlordnung (Código Federal de Instituciones y Procedimientos Electorales (COFIPE)). Eine außerordentliche Parteikonferenz könnte am 4. Mai einvernehmlich einen Interimspräsidenten wählen – eine Möglichkeit, die derzeit in weiter Ferne zu sein scheint.

Statutenreform bei der PAN

Eine Statutenreform stand derweil im Mittelpunkt der Nationalversammlung der PAN am 27. April in der mexikanischen Hauptstadt. Rund 9.000 Delegierte verabschiedeten dabei wesentliche Änderungen für die künftige Aufstellung von PAN-Kandidaten. So wird es künftig möglich sein, auch ohne offizielle Parteimitgliedschaft für die PAN zu kandidieren. Allerdings bleibt es auch in Zukunft den aktiven Parteimitgliedern vorbe-

halten, die Kandidaten für das nationale Parlament, die Regionalparlamente und die Bürgermeisterposten zu bestimmen. Zurückgewiesen wurde von den Delegierten die Initiative des Parteivorstandes, künftig maximal drei Kandidaten zur internen Auswahl zuzulassen, die zudem ihre Chancen durch die entsprechende Positionierung in Meinungsumfragen hätten nachweisen müssen. Die Beschränkung der Zahl der Kandidaten soll nicht zuletzt dazu dienen, die Sendezeiten in Hörfunk- und Fernsehen, die der Partei zustehen, optimal zu nutzen.

Beschlossen hat die PAN auch die Einrichtung einer internen „Wahlkommission“, um die Transparenz und Legitimation der internen Entscheidungen künftig besser überwachen zu können. Deren Mitglieder müssen eine mindestens zehnjährige aktive Parteilaufbahn nachweisen und sind auf sechs Jahre gewählt. Eine einmalige Wiederwahl ist möglich. Die Kommission erhält „Filialen“ in den Bundesstaaten und weitgehende Durchgriffsrechte. In der Vergangenheit war es häufig zu Wahlanfechtungen gekommen, die dann vom nationalen Wahlgericht TRIFE entschieden werden mussten. Ein weiterer wichtiger Beschluss: In allen Organen der Partei dürfen künftig nur noch maximal 60 Prozent der Mitglieder dem gleichen Geschlecht angehören.

Bereits jetzt laufen die Vorbereitungen der Wahlen im Jahre 2009 auf vollen Touren: Der PAN-Vorstand hat mittlerweile die ehemalige Sozialministerin Beatriz Zavala mit der Vorbereitung dieses Urnengangs beauftragt, der für den künftigen Handlungsspielraum der Regierung Calderón von großer Bedeutung ist und bei dem die Partei sich als stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus mindestens behaupten will. Gleichzeitig billigte der Parteivorstand für das laufende Jahr einen Haushalt von 705 Millionen Pesos, rund 70 Millionen Euro.

PRI führt in Umfragen

Wären die Zwischenwahlen bereits heute, könnte die oppositionelle PRI damit rechnen, stärkste Partei zu werden: 37,3 Prozent der Befragten einer Erhebung von Ipsos/BIMSA, die am 28. April in der Zei-

tung *El Universal* veröffentlicht wurde, sprachen sich für die Partei aus, 36,8 Prozent für die Regierungspartei PAN. Abgeschlagen landet die PRD mit 20,9 Prozent. Von den kleinen Parteien sind die mexikanischen *Grünen* mit drei Prozent am stärksten. Allerdings hat die PAN in den Augen der Befragten nach wie vor das beste Image: 45 Prozent der Befragten entschieden sich für die „Blauweißen“, während die PRI nur auf 39 und die PRD auf 21 Prozent kam. Auch gehen die Bürger davon aus, dass das Korruptionsniveau bei der PAN am geringsten ist. Einen Gleichstand mit der PRI erzielt sie bei der Frage, von welcher politischen Formation die besten Zukunftsaussichten zu erwarten sind.

Rekordniveau bei Drogen-Morden

Zu diesen Zukunftsperspektiven gehört an vorderster Stelle die Bewährung des Staates im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Und da ist die Situation weiter dramatisch: Am 22. April hat nach Zählungen der Zeitung *El Universal* die Opferzahl im Zusammenhang mit dem „Drogenkrieg“ in Mexiko die 1000er Zahl im laufenden Jahr überschritten. Diese Ziffer liegt deutlich höher als im Vorjahreszeitraum, allein ein Drittel der Toten entfällt auf den nördlichen Bundesstaat Chihuahua. 2007 hatte es bis zu dieser Zahlengrenze bis zum 14. Mai gedauert, im Jahre 2006 bis zum 1. Juli.

Das nach wie vor heftige Positionskämpfe zwischen den Kartellen und innerhalb der Drogenmafia des „Kartells von Tijuana“ im Gange sind und die Zahlen weiter steigen werden, zeigen ganz besonders auch die Vorgänge in der Grenzstadt Tijuana und anderen Teilen des Bundesstaates Baja California Norte: an einem einzigen Tag kamen am 26. April 13 Menschen bei den Bandenkämpfen auf einem belebten Boulevard um – die Mehrzahl von ihnen Mitglieder der gedungenen Mörderbanden selbst. Acht weitere wurden verletzt. Die Gewalt eskalierte, seit der Kartellchef Francisco Javier Arellano Félix im August 2006 verhaftet wurde und nun heftige Nachfolgekämpfe die Organisation erschüttern.